

Motion SP- / GRÜ-Fraktion:**«Energie sparen / Erneuerbare Energie fördern / Wirtschaftsstandort stärken**

Im Jahre 2007 wurde durch den Kantonsrat St.Gallen ein Energiekonzept verabschiedet, welches nach einer breiten Auslegeordnung wenige verbindliche Massnahmen vorschlug. Sowohl beim Energiesparen wie bei der Förderung von neuen erneuerbaren Energien wurden in der nachfolgenden Anpassung des Energiegesetzes fast keine wirklich griffigen Massnahmen beschlossen.

Das tragische Unglück in Fukushima hat uns die starke Abhängigkeit der Ostschweiz von der Atomenergie sowie das daraus folgende Klumpenrisiko deutlich aufgezeigt. Ein Atomstrom-Anteil von 66 Prozent (Axpo) bzw. 74 Prozent (SAK) ist für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes St.Gallen eine schlechte Ausgangslage. Auch die grosse Mehrheit der Ostschweizerinnen und Ostschweizer möchte die Abhängigkeit von Atomstrom möglichst schnell verringern. Die Förderung von neuen erneuerbaren Energien hat gem. Umfragen eine sehr hohe Akzeptanz.

Der Energieverbrauch nimmt seit Jahren ständig zu, und dies wesentlich stärker als die Wirtschaft wächst. Ein grosser Teil der Energie wird oft unbedacht eingesetzt und nach wie vor verschwendet. Das Bewusstsein Strom zu sparen ist sehr gering, denn auch die Stromtarifpolitik bietet keine Anreize zum Sparen. Dabei ist Stromsparen die sinnvollste und häufig auch die günstigste Methode, das Energieproblem anzugehen.

Das Engagement der Kantone bei der Förderung von erneuerbaren Energien ist gemäss einer neueren Studie sehr wirkungsvoll. Trotzdem ist das Engagement des Kantons St.Gallen in diesem Bereich äusserst bescheiden, im Gegensatz z.B. zu unserem Nachbarkanton Thurgau. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass nach einer vorübergehenden Verteuerung des Stroms die Energiepreise mit den erneuerbaren Energien klar günstiger werden als mit konventionellen Kraftwerken. Somit sind Investitionen in diese Energien auch wirtschaftlich sehr sinnvoll.

Eines der wichtigsten Programme zur Energieeinsparung ist das Gebäudesanierungsprogramm des Bundes. Die durch den Bund bereitgestellten finanziellen Mittel reichen jedoch nicht für die ursprünglich vorgesehene Unterstützung. Es liegt im ureigenen Interesse jedes Kantons, die Finanzierungslücke zu übernehmen, wie dies bereits verschiedene Kantone tun. Damit sparen wir echt Energie und das Gewerbe profitiert von Aufträgen.

Nur mit einem konsequenten Handeln verringern wir die Abhängigkeit im Energiebereich und nur mit griffigen Massnahmen schaffen wir auch beste Rahmenbedingungen für die einheimische Wirtschaft, speziell im Energiebereich.

Deshalb laden wir die Regierung ein, im Energiegesetz Grundlagen zu schaffen, damit das Gebäudeprogramm des Bundes auch im Kanton St.Gallen wie ursprünglich vorgesehen umgesetzt werden kann, weitere griffige Massnahmen zu schaffen für eine sparsame und effiziente Energieverwendung sowie Massnahmen zur Produktion verschiedener umweltverträglicher erneuerbaren Energien umzusetzen. Benchmark für die Massnahmen sind die fortschrittlichsten Schweizer Kantone wie Basel Stadt und Thurgau.»

26. April 2011

SP-Fraktion
GRÜ-Fraktion